

Der zweite Hauptstreitpunkt mit den genannten Genossen war die Investpolitik in Leuna. Ich habe vor wenigen Tagen Bilder gesehen von einigen Abschnitten in Leuna. Da lief es mir kalt über den Rücken.

Kommen wir zur Gegenwart. Ich bin zur Zeit stellvertretender Bezirksbaudirektor für Ökonomie des Bezirkes Leipzig. In dieser Funktion habe ich mich tagtäglich mit der Frage zu befassen, ob Leipzig noch zu retten ist. Dazu nur soviel: In Leipzig wurden in keinem Jahr der zurückliegenden zwölf Jahre Potentiale für den Wohnungsbau eingesetzt, die annähernd dem im Jahre 1977 gefaßten eigenen Politbürobeschuß zur Lösung der Wohnungsfrage in Leipzig entsprachen. Uns fehlen heute etwa 9.000 Bauarbeiter an diesem Beschuß. Der Rückstand in der Bauproduktion, der sich in den inneren Vorstädten Leipzigs widerspiegelt, beträgt etwa anderthalb bis zwei Milliarden Mark. Der Rückstand bei der Erhaltung des Zustandes der Bausubstanz ist natürlich noch viel größer, wenn man die Industrieanlagen, die öffentlichen Gebäude und die Infrastruktur einbezieht, die bei der Lösung der Wohnungsfrage eine geringe Rolle spielte.

Die Ökonomen dieses Bezirkes haben zu dieser Entwicklung durchaus nicht feige geschwiegen, bis man uns verbot, die eigenen Ratsbeschlüsse überhaupt noch zu erwähnen und die eigenen Politbürobeschlüsse.

Ist also Leipzig noch zu retten? Nun ist eine neue Baupolitik im Entstehen. Aber das allein genügt nicht. Wir sind uns darüber voll im klaren, daß Leipzig zu retten ist, wenn unsere Republik zu retten ist. Und nur in dem Maße, wie unsere Republik gerettet wird und gesundet! Damit distanzieren mich auch entschieden von den Vertretern aller kleinstaatlichen Lösungen, die Leipzig von seinem Hinterland trennen wollen. Unser Land ist zu retten mit einer schöpferischen hochproduktiven Produktionsweise, die allein eine fortgeschrittene Sozial- und Umweltpolitik ermöglicht.

Klar sollte uns aber auch sein, welch ein ungeheurer Akkumulationsrückstand zur BRD zu überwinden ist. Die entsprechende Zahl von 100 Milliarden Mark ist von unserer Seite noch nie genannt worden. In der BRD sind astronomische Zahlen im Gespräch. Dieses viel größere Problem ist meines Erachtens nicht aus eigener Kraft zu lösen.

Wir brauchen zu seiner Lösung nicht nur den Konsens mit den demokratischen Kräften unseres Landes; wir brauchen, so meine ich, mit der BRD eine Vertrags- und Verantwortungsgemeinschaft. Das Gespräch unseres Genossen Modrow mit dem Bundeskanzler steht vor der Tür.¹⁷² Ich meine, wir sollten Genossen Modrow ermuntern, in dem Gespräch unseren Anspruch anzumelden, die Zukunft aller Deutschen mitzugestalten und uns nicht länger von nationalistischen Kräften ins Abseits drängen zu lassen. Wir sollten, so meine ich, unmißverständlich zu einer solchen Konföderation mit Viermächteverantwortlichkeit uns bekennen, die uns hilft, die eigene Identität zu wahren, einen schnellen öko-

172 Das Treffen zwischen DDR-Ministerpräsident Hans Modrow und Bundeskanzler Helmut Kohl fand am 19. Dezember 1989 in Dresden statt.